

Niederschrift
über die 7. Sitzung des Gesundheitsausschusses
am 13.05.2022 in Köln, Horion-Haus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Bündgens, Willi (für van Benthem)
Dickmann, Bernd (für Baer)
Heister, Joachim
Körlings, Franz (für Renzel)
Loepp, Helga
Nabbefeld, Michael
Schavier, Karl
Stieber, Andreas-Paul

SPD

Engler, Gerd
Heinisch, Iris
Karl, Christiane
Kucharczyk, Jürgen
Mahler, Ursula (für Schulz)
Recki, Gerda (für Krossa)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Deussen-Dopstadt (für Hoffmann-Badache)
Kresse, Martin
Manske, Marion
Schäfer, Ilona Vorsitzende
Tuschen, Johannes (für Tietz-Latza)

FDP

vom Berg, Joachim
Breuer, Klaus

AfD

Dr. Schnaack, Frank

Die Linke.

Inderbieten Georg (für Onori)

Die FRAKTION

Lukat, Nicole

Gruppe FREIE WÄHLER

Alsdorf, Georg

Verwaltung:

Wenzel-Jankowski	LVR-Dezernentin "Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen"
Krüger	LVR-Fachbereichsleiter "Wirtschaftliche Steuerung"
Lüder	LVR-Fachbereichsleiter "Maßregelvollzug"
Dr. Möller-Bierth	LVR-Fachbereichsleiterin "Personelle und organisatorische Steuerung"
Stephan-Gellrich	LVR-Fachbereichsleiterin "Planung, Qualität und Innovationsmanagement"
Brehmer	Stellvertreter der Kaufmännischen Direktion im Vorstand des LVR-IFuB
Lohmanns	LVR-Fachbereich "Personelle und organisatorische Steuerung"
Anders	LVR-Fachbereichsleiter "Soziales Entschädigungsrecht" (bis TOP 9)
Woltmann	LVR-Stabsstelle "Inklusion - Menschenrechte - Beschwerden" (bis TOP 10)
Groeters	LVR-Fachbereich "Personelle und organisatorische Steuerung (Protokoll)"

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 6. Sitzung vom 18.03.2022
3. Sanierung, Umbau und Erweiterung des Hauses 29 "Paulo-Freire-Haus" an der LVR-Klinik Viersen zu einem Bildungscampus **15/926 B**
4. Fachtagung zum Thema "Autismus-Spektrum-Störungen (ASS) bei Mädchen/Frauen" **15/973 B**
5. PsychKG-Merkblatt für Patient*innen in bürgernahe Sprache (einfach verständlich) in Deutsch sowie 31 Fremdsprachen für den LVR-Klinikverbund **15/920 K**
6. Stellungnahme zum Bericht der Garbrecht-Kommission **15/912 K**
7. Integrierte Beratung: 3. Bericht zum Stand des Projektes zur sozialräumlichen Erprobung **15/797 K**
8. LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2021 **15/762 K**
9. Erweiterung des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte **15/796 K**
10. Hilfen für aus der Ukraine geflüchtete Menschen durch die OEG-Traumaambulanzen **15/981 K**
11. Maßregelvollzug
- 11.1. Gesetzesvorschlag zur Novellierung der Regelungen zur Unterbringung in einer Entziehungsanstalt gem. §§ 64 ff StGB **15/908 K**
- 11.2. Belegungssituation im Maßregelvollzug
12. Anträge und Anfragen
- 12.1. Stärkung der Gesundheit und Steigerung der Lebensqualität durch Resilienztraining **Antrag 15/58 Die FRAKTION E**
- 12.2. Modellprojekt Bio-Lebensmittel in LVR-Kliniken **Anfrage 15/31 Die Linke. K**
- 12.3. Beantwortung der Anfrage 15/31 Die Linke.
- 12.4. Anfrage: Ansprechpartner*innen für Gleichstellung in den Kliniken **Anfrage 15/30 GRÜNE K**
- 12.5. Beantwortung der Anfrage 15/30 GRÜNE
13. Bericht aus der Verwaltung

- 14. Verschiedenes
- 15. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 16. Niederschrift über die 6. Sitzung vom 18.03.2022
- 17. Wiederbestellung zum Ärztlichen Direktor im Klinikvorstand der LVR-Klinik Viersen **15/902 B**
- 18. Strom- und Energieversorgung in den LVR-Kliniken **15/944 K**
- 19. Aktueller Bericht aus dem Maßregelvollzug
- 20. Anträge und Anfragen
- 21. Bericht aus der Verwaltung
- 22. Verschiedenes
- 23. Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses 2022 des LVR-Instituts für Forschung und Bildung **15/934 B**
- 24. I. Quartalsbericht 2022 des Instituts für Forschung und Bildung **15/940 K**
- 25. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil: 10:15 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil: 10:45 Uhr
Ende der Sitzung: 10:45 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende die Mitglieder des Gesundheitsausschusses und die Verwaltung zu der heutigen Sitzung.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Frau Lukat erklärt, für die heutige Sitzung des Gesundheitsausschusses den Antrag Nr. 15/58 Die FRAKTION zurückzuziehen. Gegebenenfalls werde ein veränderter Antrag zu einem späteren Zeitpunkt eingebracht.

Der Tagesordnung für die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 13.05.2022 wird mit dieser Änderung zugestimmt.

Punkt 2
Niederschrift über die 6. Sitzung vom 18.03.2022

Herr Kresse bittet, den Mitgliedern der Krankenhausausschüsse den Vortrag von Frau Brinkmann in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 18.03.2022 zum LVR-Gleichstellungsplan 2017 - 2020 zukommen zu lassen.

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem zu.

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3
Sanierung, Umbau und Erweiterung des Hauses 29 "Paulo-Freire-Haus" an der LVR-Klinik Viersen zu einem Bildungscampus
Vorlage Nr. 15/926

Die Vorsitzende führt aus, der Krankenhausausschuss 3 habe in seiner Sitzung am 09.05.2022 die Vorlage einstimmig empfohlen.

Herr Dr. Schnaack begrüßt das Projekt grundsätzlich, fragt aber nach, ob im Vorfeld auch über die Anmietung einer externen Immobilie nachgedacht worden sei, um Kosten zu sparen und eine schnellere Umsetzung vor 2026 zu ermöglichen.

Frau Wenzel-Jankowski antwortet, das Paulo-Freire-Haus eigne sich außerordentlich gut für den Ausbau zu einem Bildungscampus und komme dem Gesamtareal zugute. Das Raumkonzept sei zwischen allen Beteiligten abgestimmt. Die LVR-Klinik Viersen stehe vor der Herausforderung, die Ausbildung von Pflegefachkräften zu forcieren und die damit verbundenen Kapazitäten des Bildungszentrums auszuweiten. Für einen vergleichbaren Neubau sei mit deutlich höheren Kosten zu rechnen. Es müsse mit der baldigen Umsetzung der Maßnahme begonnen werden, damit alle Fördermittel fristgerecht eingesetzt werden können.

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird gemäß Vorlage Nr. 15/926 mit der weiteren Planung der Maßnahme beauftragt.

Punkt 4
Fachtagung zum Thema "Autismus-Spektrum-Störungen (ASS) bei Mädchen/Frauen
Vorlage Nr. 15/973

Frau Heinisch führt aus, in der Fachtagung sollten bei den Autismus-Spektrum-Störungen die Auswirkungen auf alle Geschlechter betrachtet werden.

Frau Stephan-Gellrich informiert, bei der Formulierung des Tagesordnungspunktes sei sich an dem Antrag Nr. 15/23 GRÜNE orientiert worden. Ein besonderer Forschungsschwerpunkt liege bei Autismus-Spektrum-Störungen auf den Auswirkungen bei Mädchen und Frauen. In der Fachtagung solle aber auch auf die Problematik für alle Geschlechter eingegangen werden.

Frau Wenzel-Jankowski fasst die weitere Diskussion dahingehend zusammen, dass das Thema der Autismus-Spektrum-Störungen in der Fachtagung unter Gender-Aspekten behandelt werden solle, ohne dabei ein Geschlecht auszuschließen.

Die Vorsitzende schlägt vor, den Titel der Fachtagung noch entsprechend anzupassen.

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Ausrichtung einer Fachtagung zum Thema "Autismus-Spektrum-Störungen (ASS) bei Mädchen/Frauen" wird gemäß Vorlage Nr. 15/973 zugestimmt.

Punkt 5

PsychKG-Merkblatt für Patient*innen in bürgernaher Sprache (einfach verständlich) in Deutsch sowie 31 Fremdsprachen für den LVR-Klinikverbund Vorlage Nr. 15/920

Herr Kresse begrüßt das überarbeitete Merkblatt, mit dem auch der Kritik der Betroffenenvertretungen der Staatlichen Besuchskommissionen nach § 23 PsychKG NRW sowie Änderungen am PsychKG NRW selbst Rechnung getragen werde. Eine Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie erfolge in der Regel auf anderen Grundlagen. Er schlägt aber vor, ein Merkblatt in bürgernaher Sprache auch für Patient*innen der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu erstellen.

Frau Heinisch lobt, das Merkblatt sei sehr gelungen und weise einen Weg durch den Klinikalltag bei einer Unterbringung nach PsychKG NRW.

Frau Wenzel-Jankowski führt aus, die Überarbeitung des Merkblattes sei durch eine trialogisch besetzte Arbeitsgruppe erfolgt. Die professionelle Übersetzung in bürgernaher, einfach verständlicher Sprache in 31 Fremdsprachen, sei abgeschlossen.

Die Vorsitzende fasst die weitergehende Diskussion dahingehend zusammen, dass ein Merkblatt in bürgernaher Sprache auch für Patient*innen der Kinder- und Jugendpsychiatrie erstellt werden solle.

Die 2. Auflage des PsychKG-Merkblatts über die Rechte und Pflichten von nach dem PsychKG-NRW untergebrachten Patient*innen wird gemäß Vorlage Nr. 15/920 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Stellungnahme zum Bericht der Garbrecht-Kommission Vorlage Nr. 15/912

Herr Nabbefeld weist auf den in den Sitzungen des Sozialausschusses am 03.05.2022 und des Ausschusses für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen am 06.05.2022 einstimmig beschlossenen Ergänzungsantrag Nr. 15/60/1 CDU, SPD hin. Danach werde die Verwaltung beauftragt, eine Fachtagung zu organisieren, in der die Themen Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe und insbesondere die Empfehlungen der Garbrecht-Kommission vertieft behandelt werden sollen.

Herr Kresse ergänzt, in der Sitzung des Ausschusses für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen am 06.05.2022 sei angeregt worden, analog zum Sozialausschuss auch den Aspekt des häuslichen Umfelds mit zu betrachten und die Sprecher*innen der im Landtag vertretenden Fraktionen zur Fachtagung einzuladen.

Die Vorsitzende führt aus, sie habe in der Sitzung des Sozialausschusses am 03.05.2022 angeregt, die Änderungen des Betreuungsgesetzes zum 01.01.2023 vorzustellen. Sie bittet, diese Vorlage auch dem Gesundheitsausschuss und dem Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen zur Verfügung zu stellen.

Die Stellungnahme zum Bericht der Garbrecht-Kommission wird gemäß Vorlage Nr. 15/912 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Integrierte Beratung: 3. Bericht zum Stand des Projektes zur sozialräumlichen Erprobung

Vorlage Nr. 15/797

Herr Woltmann berichtet, es handele sich um den 3. Bericht zum Stand des Projektes zur sozialräumlichen Erprobung. Das Ende der sogenannten Erprobungsphase der Teilprojekte sei zum 30.06.2022 vorgesehen. Es gebe folgende Projekte: "BTHG 106 +", "Fachberatung Kindeswohl und Kinderrechte", "Peer-Bildungsberatung" und "Integrierte Beratung in der psychiatrischen Versorgung". Die Partizipation beschreibe die Beteiligung von Patient*innen in persönlichen und öffentlichen Angelegenheiten. In den LVR-Kliniken würden persönliche Angelegenheiten beispielsweise durch den Einsatz von Behandlungsvereinbarungen und partizipativen Behandlungsansätzen sowie Angebote der Genesungsbegleitung umgesetzt. Demgegenüber stehe die Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten, also im Rahmen der politischen Gremien sowie der Verwaltungsprozesse des Klinikverbundes. Ein dialogisches Beteiligungsformat liege immer dann vor, wenn beispielsweise psychiatrieerfahrene Menschen und Angehörige mit einbezogen würden.

Herr Kresse hebt die Bedeutung der integrierten Beratung hervor, die auch im BTHG verankert sei. Wichtig für psychisch Kranke sei eine gemeindepsychiatrische Versorgung, die niedrigschwellige Angebote vorhalte. Eine dialogische Struktur sollte immer dort zum Einsatz kommen, wo dieses möglich sei. Er fragt nach dem Projekt "Beratungstelefon Solingen".

Frau Wenzel-Jankowski antwortet, darüber sei in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 03.09.2021 berichtet worden. Die Finanzierung sei schwierig, so dass es für das Projekt keine Freistellungen gebe. Das Beratungstelefon Solingen sei aber ein wichtiger Baustein im Rahmen der integrierten Versorgung. Es werde weiter mit allen Beteiligten versucht, hier eine bessere Kooperation und Finanzierung, unter Beteiligung der LVR-Klinik Langenfeld, der Dependance Solingen, des Psychosozialen Trägervereins e.V. und möglichst auch des Sozialpsychiatrischen Dienstes in Solingen, zu erreichen.

Der Entwicklungsstand des LVR-Projektes zur Sozialräumlichen Erprobung Integrierte Beratung (SEIB) wird gemäß Vorlage Nr. 15/797 zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2021

Vorlage Nr. 15/762

Herr Woltmann berichtet, der LVR-Aktionsplan "Gemeinsam in Vielfalt" sei 2014 vom Landschaftsausschuss beschlossen worden und bilde die zentrale Grundlage für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Seit 2016 erstelle die Stabsstelle Inklusion - Menschenrechte - Beschwerden in enger Zusammenarbeit mit den LVR-Dezernaten einmal jährlich einen Jahresbericht zur Umsetzung des Aktionsplanes. Dabei erfolge eine rückblickende Darstellung, welche besonderen Aktivitäten der LVR zur Erreichung seiner 12 Zielrichtungen aus dem LVR-Aktionsplan ergriffen habe. Damit sei der Jahresbericht ein wichtiges Instrument zur Überwachung und Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im LVR. Im Jahresbericht gebe es 5 Kompetenzfelder, wobei der dialogische Ansatz immer dort Anwendung finde, wo dieses möglich sei. Nach der Beratung in allen Fachausschüssen im LVR sei abschließend eine Beschlussfassung durch

den Ausschuss für Inklusion vorgesehen.

Herr Kresse lobt die Berichterstattung. Sie biete eine gute Übersicht über die Aktivitäten der Verwaltung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Der Entwurf des Jahresberichtes 2021 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird gemäß Vorlage Nr. 15/762 zur Kenntnis genommen.

Nach Beratung in allen Fachausschüssen im LVR ist abschließend eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Inklusion geplant.

Punkt 9

Erweiterung des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte Vorlage Nr. 15/796

Die Vorsitzende informiert, der Ausschuss für Inklusion habe der Vorlage in seiner Sitzung am 31.03.2022 einstimmig zugestimmt.

Die Vorlage Nr. 15/796 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10

Hilfen für aus der Ukraine geflüchtete Menschen durch die OEG-Traumaambulanzen Vorlage Nr. 15/981

Herr Anders berichtet, nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine und dem Einsetzen der Fluchtbewegung aus den Kriegsgebieten seien der LVR-Fachbereich Soziale Entschädigung und das LWL-Amt für Soziales Entschädigungsrecht an das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) herangetreten und hätten diesem vorgeschlagen, die OEG-Traumaambulanzen auch für von Krieg und Flucht traumatisierte Menschen zu öffnen. Dieses sei auch bereits im Rahmen des Syrienkonfliktes und der Hochwasserkatastrophe erfolgt. Regulär ständen die OEG-Traumaambulanzen den im Inland von Gewalt betroffenen Menschen zur Verfügung. Das MAGS habe dem Vorschlag der Landschaftsverbände zugestimmt, sodass eine Finanzierung der Angebote, einschließlich notwendiger Kosten für Sprach- und Integrationsmittlung, durch das MAGS im Wege einer Projektförderung zur Verfügung gestellt wurden. Es könnten Einzel- und Gruppentherapien angeboten werden. Dabei sei es möglich, auch den niedergelassenen Bereich einzubeziehen. Bisher sei die Nachfrage nach den Angeboten der OEG-Traumaambulanzen aber eher verhalten.

Frau Wenzel-Jankowski bietet an, wenn Behandlungsbedarf bei den Flüchtlingen bestehe, könne eine Weiterbehandlung in den LVR-Kliniken erfolgen.

Frau Heinisch führt aus, das Verhandlungsergebnis sei sehr zu loben und es gebe eine gute Infrastruktur. Die Gebietskörperschaften seien dankbar für Hilfen für die geflüchteten Menschen, die einen Therapiebedarf hätten.

Die Vorsitzende hebt hervor, die Angebote müssten in den Kommunen bekannter gemacht werden.

Herr Kresse führt aus, ab 01.06.2022 hätten die ukrainischen Flüchtlinge Anspruch auf die staatliche Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch II gegenüber den Jobcentern. Gleichzeitig würden ab 01.06.2022 Hilfen nach SGB XII geleistet. Durch den Wechsel aus dem Asylbewerberleistungsgesetz würden damit künftig umfassende Hilfen zur Sicherung des Lebensunterhalts, für die Gesundheitsversorgung und die Integration nach SGB II

und SGB XII gewährleistet. Es stelle sich die Frage, inwieweit die Abteilungen für soziale Rehabilitation der LVR-Kliniken und der LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen Wohnraum und Hilfen zur Verfügung stellen können. Möglicherweise könnten auch ambulante Hilfen angeboten werden. Er macht auf die Bremer Homepage www.hilfsabfrage.de aufmerksam.

Frau Wenzel-Jankowski antwortet, im LVR-Klinik-Verbund und im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen seien im Rahmen der Enthospitalisierungsmaßnahmen Plätze abgebaut worden. Von daher habe der LVR in dem Bereich nur beschränkte Ressourcen. Sobald es aber Anfragen gebe, werde der LVR dafür sorgen, dass entsprechende Hilfen geleistet würden.

Die Vorsitzende hebt hervor, in den Kommunen müsse bekannt gemacht werden, dass der LVR ab 01.06.2022 für die Eingliederungshilfe der ukrainischen Flüchtlinge zuständig sei.

Die Vorlage Nr. 15/981 zum Thema Hilfen für aus der Ukraine geflüchtete Menschen durch die OEG-Traumaambulanzen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 11 **Maßregelvollzug**

Punkt 11.1 **Gesetzesvorschlag zur Novellierung der Regelungen zur Unterbringung in einer Entziehungsanstalt gem. §§ 64 ff StGB** **Vorlage Nr. 15/908**

Frau Wenzel-Jankowski berichtet, seit geraumer Zeit werde diskutiert, ob die Unterbringung in einer Entziehungsanstalt gemäß § 64 StGB noch zeitgemäß sei oder ob diese Regelung aus dem Strafgesetzbuch gestrichen oder zumindest überarbeitet werden solle. Der LVR könne dem Vorschlag der Bund-Länder-Arbeitsgruppe gut zustimmen, den § 64 StGB beizubehalten und ihn zu überarbeiten. Der Vorschlag zur Novellierung der Unterbringung in einer Entziehungsanstalt sei gestern im Bundestag beraten und an den Rechtsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen worden. Damit gehe das Gesetzgebungsverfahren weiter. Zusammen mit dem Bauprogramm, dem Qualitätssicherungsprogramm für den Maßregelvollzug und einer ambulanten Verzahnung von Schnittstellen und Interdependenzen zwischen allgemeinspsychiatrischer Versorgungslandschaft und Maßregelvollzug sehe sie eine bessere zukünftige Entwicklung für den Maßregelvollzug.

Der Bericht zur Novellierung der Regelungen zur Unterbringung in einer Entziehungsanstalt gem. §§ 64 ff StGB wird gemäß Vorlage Nr. 15/908 zur Kenntnis genommen.

Punkt 11.2 **Belegungssituation im Maßregelvollzug**

Herr Lüder erläutert, im Vergleich zur Stichtagsbelegung zum 01.04.2022 habe sich zum 01.05.2022 eine Erhöhung um weitere 8 stationäre Plätze ergeben.

Für die Errichtung einer Forensik für Frauen in Essen-Heidhausen gebe es mittlerweile einen Planungsbeirat, dessen konstituierende Sitzung bereits stattgefunden habe. Zur Information der Mitglieder hätten bereits Begehungen von einzelnen forensischen Standorten im Rheinland stattgefunden.

Für den Neubau in Wuppertal-Ronsdorf mit 150 Plätzen sei der Planungsbeirat ebenfalls bestellt. Die konstituierende Sitzung werde voraussichtlich im September stattfinden. Erste Gespräche zur Umsetzung des Neubaus seien mit der Stadt Wuppertal und dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW erfolgt. Nach der konstituierenden Sitzung sollen Besichtigungen von forensischen Einrichtungen stattfinden.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 12 **Anträge und Anfragen**

Punkt 12.1 **Stärkung der Gesundheit und Steigerung der Lebensqualität durch Resilienztraining** **Antrag Nr. 15/58 Die FRAKTION**

Der Antrag Nr. 15/58 Die FRAKTION ist für die heutige Sitzung des Gesundheitsausschusses zurückgezogen worden.

Punkt 12.2 **Modellprojekt Bio-Lebensmittel in LVR-Kliniken** **Anfrage Nr. 15/31 Die Linke.**

Die Beantwortung der Anfrage liegt vor.

Punkt 12.3 **Beantwortung der Anfrage 15/31 Die Linke.**

Herr Inderbieten hebt hervor, die Beantwortung der Anfrage sei sehr kurzfristig zugeschickt worden. Er bittet um Vertagung in die nächste Sitzung.

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem zu.

Die Beantwortung der Anfrage soll in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 09.09.2022 zur Kenntnis genommen werden.

Punkt 12.4 **Anfrage: Ansprechpartner*innen für Gleichstellung in den Kliniken** **Anfrage Nr. 15/30 GRÜNE**

Die Beantwortung der Anfrage liegt noch nicht vor.

Frau Wenzel-Jankowski informiert, sie solle bis zur Sitzung der Kommission Gleichstellung am 02.06.2022 vorgelegt werden.

Punkt 12.5 **Beantwortung der Anfrage 15/30 GRÜNE**

Die Beantwortung der Anfrage soll in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 09.09.2022 zur Kenntnis genommen werden.

Punkt 13
Bericht aus der Verwaltung

Frau Wenzel-Jankowski informiert über das Inkrafttreten des Krankenhausplans NRW. Es sei vorgesehen, im Mai die verwaltungstechnischen Voraussetzungen für die Umsetzung zu schaffen und im Juni mit den regionalen Planungsverfahren zu beginnen.

Frau Wenzel-Jankowski berichtet über die gebildete Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung. Besetzt sei die Kommission mit 15 Expert*innen aus der Versorgung, der Ökonomie, der Rechtswissenschaften und einem an das Bundesministerium für Gesundheit angebundenen Koordinator. Erarbeitet werden sollen schriftliche Stellungnahmen zu einzelnen Fragen der Krankenhausversorgung. Entsprechende Mitteilungen aus der Presse seien der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Regierungskommission weder eine Patient*innenvertretung, noch eine Kassenvertretung und auch die Selbstverwaltung nicht angehörten. Hier sollte es ein ausgewogeneres Verhältnis geben.

Punkt 14
Verschiedenes

Keine Anmerkungen.

Punkt 15
Verschiedenes

Keine Anmerkungen.

Wuppertal, den 13.06.2022

Die Vorsitzende

S c h ä f e r

Köln, den 08.06.2022

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

W e n z e l - J a n k o w s k i



BM Lauterbach stellt Krankenhaus-Kommission vor

Expertinnen und Experten erarbeiten Reform-Empfehlungen

02. Mai 2022

Der Bundesminister für Gesundheit, Professor Karl Lauterbach, hat die „Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung“ berufen. Besetzt ist die Kommission mit 15 Expertinnen und Experten aus der Versorgung (Pflege und Medizin), der Ökonomie, der Rechtswissenschaften und einem an das BMG angebundenen Koordinator. Erarbeitet werden sollen schriftliche Stellungnahmen zu einzelnen Fragen der Krankenhausversorgung. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, sollen die Empfehlungen Grundlagen für Krankenhausreformen ab dem Jahr 2023 werden. Mitglieder der Kommission sind:

1. **Prof. Dr. Boris Augurzky**, Kompetenzbereichsleiter Gesundheit im RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung.
2. **Prof. Dr. Reinhard Busse**, Professor für Management im Gesundheitswesen an der TU Berlin.
3. **Prof. Dr. Tom Bschor**, Koordinator der Regierungskommission Krankenhausversorgung, langjähriger Chefarzt der Abteilung für Psychiatrie der Schlosspark-Klinik Berlin.
4. **Prof. Dr. Jörg Dötsch**, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKJ) und Direktor der Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendmedizin an der Uniklinik Köln.
5. **Michaela Evans**, Direktorin des Forschungsschwerpunktes Arbeit & Wandel am Institut Arbeit und Technik (IAT) an der Westfälischen Hochschule.
6. **Prof. Dr. Dagmar Felix**, Professorin für Sozialrecht an der Universität Hamburg.
7. Volkswirtin **Irmtraud Gürkan**, stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Charité.
8. **Dr. Heidemarie Haeske-Seeberg**, Vorsitzende der Gesellschaft für Qualitätsmanagement und Leiterin Qualitätsmanagement und klinisches Risikomanagement der Sana Kliniken AG.
9. **Prof. Dr. Martina Hasseler**, Professorin für Klinische Pflege an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften.
10. **Prof. Dr. Stefan Huster**, Professor für Öffentliches Recht, Gesundheits- und Sozialrecht und Rechtsphilosophie an der Ruhr-Universität Bochum.
11. **Prof. Dr. Christian Karagiannidis**, Facharzt für Innere Medizin, Pneumologie und Intensivmedizin und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin.
12. **Prof. Dr. Thorsten Kingreen**, Professor für Öffentliches Recht, Sozialrecht und Gesundheitsrecht an der Universität Regensburg
13. **Prof. Dr. Heyo Kroemer**, Pharmazeut und Pharmakologe und Vorstandsvorsitzender der Charité.
14. **Prof. Dr. Laura Münkler**, Professorin für Öffentliches Recht (Verwaltungs- und Gesundheitsrecht) an der Universität Greifswald.
15. **Prof. Dr. Rajan Somasundaram**, Ärztlicher Leiter in der Notaufnahme Campus Benjamin Franklin.

16. **Prof. Dr. Leonie Sundmacher**, Professorin für Gesundheitsökonomie an der Fakultät für Sport- und Gesundheitswissenschaften an der TU München.

Die Kommission wird sich in den kommenden Tagen konstituieren und ihre Arbeit aufnehmen.

Hotline zum Coronavirus
(030) 346 465 100

Bürgertelefon zur Krankenversicherung
(030) 340 60 66-01

Bürgertelefon zur Pflegeversicherung
(030) 340 60 66-02

Bürgertelefon zur gesundheitlichen Prävention
(030) 340 60 66-03

Pressemitteilung

DKG zur Bekanntgabe der Mitglieder der „Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung“

Kommission hat eine große Aufgabe vor sich

Berlin, 02. Mai 2022 – Zur Bekanntgabe der Mitglieder der „Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung“ erklärt Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG):

„Es ist gut, dass der Minister heute die Regierungskommission für die Krankenhausreform einberufen hat. Diese Kommission hat eine große Aufgabe vor sich, denn sie muss konsensfähige und umsetzbare Vorschläge unterbreiten. Es geht nicht darum, wissenschaftliche Modelle zu diskutieren, sondern tatsächliche Rahmenbedingungen für die Versorgung von 83 Millionen Menschen zu entwerfen, die dann auch von Kliniken und Kostenträgern mit Leben gefüllt werden können.“

Es ist bekannt, dass wir die Beteiligung der Selbstverwaltung gefordert haben. Nun aber werden wir der Kommission jederzeit beratend zur Seite stehen und gehen davon aus, dass unsere Expertise in Diskussionen und Entscheidungen angemessen einbezogen wird.“

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.903 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten und rund 19 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,3 Millionen Mitarbeitern. Bei 122 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

SEKRETARIAT
Stephanie **Gervers**
Telefon +49 30 39801-1021

Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025

Fax +49 30 39801-3021
E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.twitter.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

Rundschreiben Nr. 289/2022

Verteiler: Mitgliedsverbände	Zuständige Bereiche im Krankenhaus: Geschäftsführung/Verwaltungsleitung	Datum: 03.05.2022
Zuständig: Politik	Ansprechpartner: Jan Eilrich	Telefon: 030 39801-1017 Telefax: 030 39801-3011

Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung

Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach hat am 02.05.2022 im Rahmen einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz die Besetzung einer Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung bekannt gegeben. Die 15 Mitglieder sollen unter der Leitung von Prof. Dr. Bschor umfangreiche Empfehlungen für eine für das Jahr 2023 geplante Krankenhausreform erarbeiten. Die Konstituierung des Gremiums wird zeitnah erfolgen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen einer Pressekonferenz hat Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach die Konstituierung einer Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung verkündet (**Anlage 1**). Für das Gremium berief er folgende Expertinnen und Experten:

Koordination:

Prof. Dr. Tom Bschor, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie und langjähriger Chefarzt der Abteilung für Psychiatrie der Schlosspark-Klinik Berlin und stellvertretender Vorsitzender der Berliner Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie

Mitglieder:

- 1. Prof. Dr. Martina Hasseler** - Pflege- und Rehabilitationswissenschaftlerin und Professorin für Klinische Pflege an der Fakultät Gesundheitswesen an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
- 2. Dr. Heidemarie Haeske-Seeberg** - Vorsitzende der Gesellschaft für Qualitätsmanagement und leitet den Bereich für Qualitätsmanagement und klinisches Risikomanagement der Sana Kliniken AG
- 3. Michaela Evans** - Direktorin des Forschungsschwerpunktes Arbeit & Wandel am Institut Arbeit und Technik (IAT) an der Westfälischen Hochschule

4. **Prof. Dr. Jörg Dötsch** - Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKJ) und Direktor der Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendmedizin an der Uniklinik Köln
5. **Prof. Dr. Christian Karagiannidis** - Facharzt für Innere Medizin, Pneumologie und Intensivmedizin und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin (DGIIN)
6. **Prof. Dr. Heyo Kroemer** – Pharmazeut, Pharmakologe und Vorstandsvorsitzender der Charité
7. **Prof. Dr. Rajan Somasundaram** - Ärztlicher Leiter in der Notaufnahme des Charité Campus Benjamin Franklin
8. **Prof. Dr. Dagmar Felix** - Professorin für Öffentliches Recht mit dem Schwerpunkt Sozialrecht an der Universität Hamburg
9. **Prof. Dr. Stefan Huster** - Professor für Öffentliches Recht, Gesundheits- und Sozialrecht und Rechtsphilosophie an der Ruhr-Universität Bochum
10. **Prof. Dr. Thorsten Kingreen** – Professor für Öffentliches Recht, Sozialrecht und Gesundheitsrecht an der Universität Regensburg
11. **Prof. Dr. Laura Münkler** - Professorin für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Verwaltungs- und Gesundheitsrecht an der Universität Greifswald
12. **Prof. Dr. Boris Augurzky** - Kompetenzbereichsleiter Gesundheit im Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsinstitut (RWI)
13. **Prof. Dr. Reinhard Busse** - Professor für Management im Gesundheitswesen an der TU Berlin
14. **Irmtraud Gürkan** - Volkswirtin und u.a. stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Charité
15. **Prof. Dr. Leonie Sundmacher** - Professorin für Gesundheitsökonomie an der Fakultät für Sport- und Gesundheitswissenschaften der Technische Universität München

Dem Vernehmen nach soll sich die Regierungskommission zeitnah konstituieren, um umfassende Vorschläge für eine für das Jahr 2023 avisierte Krankenhausreform zu erarbeiten. Die DKG hat mit beigefügter Pressemitteilung auf die Bekanntgabe der Regierungskommission reagiert (**Anlage 2**).

Über die weiteren Entwicklungen werden wir Sie zeitnah informieren.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag:

gez. Jan Eilrich
Referent Bereich Politik

Anlagen